

**Konferenz
der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder
am 12. März 2025 in Berlin**

Beschluss

TOP 2 Technologische Souveränität sichern – KI-Standorte Europa und Deutschland stärken

Künstliche Intelligenz (KI) ist eine der zentralen Querschnitts- und Zukunftstechnologien des 21. Jahrhunderts. Vor dem Hintergrund steigender wirtschafts- und sicherheitspolitischer Herausforderungen müssen Bund und Länder ihre Zusammenarbeit in diesem Bereich intensivieren und gemeinsam mit den europäischen Partnern gezielte Maßnahmen ergreifen, um die technologische Souveränität Deutschlands und der Europäischen Union nachhaltig zu stärken.

1. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder fordern die kommende Bundesregierung daher auf, die Nationale Strategie des Bundes für Künstliche Intelligenz zu überarbeiten und weiterzuentwickeln sowie deutlich erhöhte Mittel für ihre Umsetzung vorzusehen. Im Fokus der Strategie müssen die Förderung von Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und technologischer Souveränität Deutschlands stehen, unter anderem durch den Aufbau von KI-Reallaboren in Bund und den Ländern. Die Entwicklung von vertrauenswürdigen KI-Anwendungen muss im europäischen und nationalen Kontext weiterhin das Ziel, ebenso wie das Markenzeichen von KI „Made in Europe“ sein.
2. Der europäische Rechtsrahmen zur Entwicklung, Bereitstellung und Nutzung von KI einschließlich ergänzender regulatorischer Vorgaben muss innovationsfreundlich ausgestaltet sein. Die Bundesregierung wird daher gebeten, gegenüber der Europäischen Kommission auf eine innovationsfördernde und unbürokratische Umsetzung der KI-Verordnung hinzuwirken. Eine übermäßige Regulierung von KI-Systemen kann die Entstehung und Nutzung von Innovationen in dieser Schlüsseltechnologie verlangsamen oder sogar ganz verhindern. Dies hätte nicht nur negative Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der

europäischen Wirtschaft, insbesondere von KMU und von Start-ups, sondern auch auf die technologische Souveränität und die Fähigkeit Europas, auf europäischen Werten und den Grundrechten beruhende Regeln im Umgang mit dieser Technologie zu etablieren und durchzusetzen. Auf europäischer Ebene müssen darüber hinaus gemeinsam Lösungen für den Schutz geistigen Eigentums gefunden werden.

3. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder betonen, dass digitale Souveränität eine grundlegende Voraussetzung für die technologische und wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und Sicherheit Deutschlands und Europas ist. Die Abhängigkeit von außereuropäischen Technologieanbietern in zentralen Bereichen wie Künstlicher Intelligenz, Cloud-Infrastrukturen und Hochleistungs-Chips gefährdet nicht nur die wirtschaftliche Innovationskraft, sondern auch die Autonomie staatlicher und wirtschaftlicher Akteure. Um dieser Herausforderung zu begegnen, ist eine stärkere Unterstützung offener und interoperabler Technologien gerade auch bei der KI-Entwicklung, erforderlich. Open-Source-Modelle, Software und Hardware bieten eine Möglichkeit, wettbewerbsfähige, sichere und transparente Alternativen zu proprietären Systemen zu schaffen. Zugleich ist es erforderlich, verbindliche offene Standards für KI-Modelle, Schnittstellen und Datenformate zu etablieren, um eine nachhaltige digitale Souveränität zu gewährleisten. Proprietäre Systeme ohne vollen Zugriff auf den Quellcode können ein erhebliches Risiko für die IT-Sicherheit kritischer Infrastrukturen und sicherheitsrelevanter KI-Anwendungen darstellen. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder fordern daher, dass KI-Modelle für kritische Infrastrukturen und sicherheitsrelevante Bereiche den erforderlichen Sicherheitsstandards entsprechen und unabhängig geprüft werden können. Zudem müssen Mechanismen geschaffen werden, um KI-Modelle regelmäßig auf Sicherheitsrisiken, Verzerrungen und Manipulationsmöglichkeiten zu überprüfen.
4. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder setzen sich dafür ein, die KI-Grundlagenforschung wie auch die interdisziplinäre KI-Forschung einschließlich der IT-Sicherheitsforschung in deutschen Hochschulen und Forschungseinrichtungen sowie in europäischen Forschungsverbänden zu stärken. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder schließen sich daher der Forderung der Wissenschaftsministerkonferenz nach einer strategisch abgestimmten „KI-Offensive von Bund und Ländern“ an. Zudem bedarf es einer

gezielten Gewinnung und Bindung von KI-Expertinnen und -Experten. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder fordern die kommende Bundesregierung daher auf, die Ausbildung von Entwicklerinnen und Entwicklern sowie die Fort- und Weiterbildung von Mitarbeitenden zu fördern. Fachkräften muss es erleichtert werden, in Deutschland Fuß zu fassen. Darüber hinaus sind Anreize und systematische Unterstützung für einen Transfer aus der KI-Forschung zu schaffen. Gleichzeitig ist die Zusammenarbeit wissenschaftlicher Einrichtungen mit Unternehmen der Privatwirtschaft zur Entwicklung betriebsfertiger, marktreifer Lösungen intensiv zu fördern. Die Bundesregierung wird gebeten, Regelungen zu Schutzrechten und KI-Patenten mit dem Ziel deutlicher Vereinfachung und Beseitigung bürokratischer Hindernisse zu überprüfen.

5. Ziel muss es sein, Abhängigkeiten abzubauen und vom Nutzer zum Urheber, vom Nehmer zum Geber von Technologien zu avancieren. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder betonen die Bedeutung der Übertragung von Forschungsergebnissen in konkrete Produkte und Anwendungen sowie der Schaffung von Rahmenbedingungen für eigene domänenübergreifende KI-Modelle und cybersichere, leicht bedienbare Systeme und Anwendungen für die Wirtschaft und Verwaltung. Die Bundesregierung wird aufgefordert, im Rahmen der Nationalen KI-Strategie Möglichkeiten zur Nutzung von anonymisierten und pseudonymisierten Daten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung zu schaffen und dezentrale Systemansätze stärker zu berücksichtigen, die das Training von KI-Modellen auf breiteren und vielfältigeren Datensätzen ermöglichen, ohne dass sensible Daten zu zentralen Servern übertragen werden. Damit wird auch das Vertrauen in KI-Anwendungen gestärkt.
6. Um die digitale Souveränität Deutschlands und Europas bei der Erforschung, Entwicklung und Anwendung von KI zu wahren, müssen nicht zuletzt ausreichende Rechenleistungskapazitäten in Europa vorgehalten werden. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder bitten die Bundesregierung, die Rahmenbedingungen für den Bau und Betrieb von Rechenzentren und weiterer KI-Infrastruktur gezielt zu verbessern. Eine langfristige Strategie ist erforderlich, um nicht nur die Ansiedlung solcher Rechenzentren zu ermöglichen, sondern auch gezielt Folgeinvestitionen – etwa in Digitalparks oder Konzepte zur Nutzung von Abwärme – einzuplanen. Zudem ist es zur Stärkung der

digitalen Souveränität entscheidend, dass europäische Anbieter angemessen berücksichtigt und gezielt gefördert werden.

7. Europa muss seine technologische Eigenständigkeit auch bei Höchstleistungschips für KI-Anwendungen stärken, um Abhängigkeiten zu reduzieren und die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie langfristig zu sichern. Um die exzellente deutsche Forschung im Bereich neuer, energieeffizienter Chips – etwa neuromorpher Hardware oder auch photonischer Halbleiter – gezielt voranzutreiben, müssen sowohl die Marktreife dieser neuen Hardware-Generation beschleunigt als auch der Aufbau entsprechender Chipfabriken intensiv gefördert werden. Darüber hinaus bedarf es auch einer gezielten Förderung von neuen Chip-Design-Architekturen.
8. Private Investitionen und Risikokapital spielen eine entscheidende Rolle für die Skalierung und Wettbewerbsfähigkeit des KI-Standorts Deutschland und Europa. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder fordern die Bundesregierung daher auf, gezielte Anreize für private Investitionen in KI-Startups und innovative Unternehmen zu schaffen. Dazu gehört die Weiterentwicklung von Förderprogrammen, steuerlichen Anreizen sowie regulatorischen Rahmenbedingungen, die Investitionen in Hochtechnologiebranchen erleichtern. Zudem sind geeignete Mechanismen erforderlich, um die Vernetzung von KI-Unternehmen mit Investoren und Kapitalgebern zu stärken und den Zugang zu Wagniskapital zu verbessern. Die Initiative für Wachstums- und Innovationskapital für Deutschland (WIN-Initiative) muss weiterverfolgt und gestärkt werden.
9. Künstliche Intelligenz ist mehr als nur eine technologische Innovation – sie verändert grundlegend, wie wir lernen, arbeiten und Informationen verarbeiten. Der Einsatz von Künstlicher Intelligenz, insbesondere in Sozialen Medien, stellt zudem für die Demokratie eine wachsende Herausforderung dar. Auch in Bezug auf Desinformation sind Kenntnisse über die Möglichkeiten von KI zur Erzeugung und Verbreitung von Inhalten zunehmend wichtig – auch um ggf. notwendige regulatorische Maßnahmen zu ergreifen. Um die Chancen von KI zu nutzen und ihre Risiken zu minimieren, bedarf es daher eines grundlegenden Verständnisses von Künstlicher Intelligenz. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder betonen in diesem Zusammenhang die Bedeutung von umfassenden Maßnahmen zur Förderung von Digital- und Medienkompetenz, Forschung und strategischer Integration von KI in Bildung und Weiterbildung für alle Altersgruppen.

Diese Maßnahmen sollen sicherstellen, dass eine reflektierte Integration von KI in Bildung und Gesellschaft gelingt. Die künftige Bundesregierung muss hierfür die erforderlichen Rahmenbedingungen schaffen.